

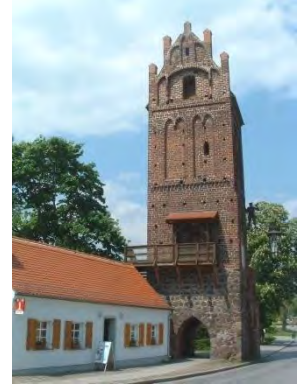


Der Torwächter

Mitteilungsblatt des Vereins für Heimatgeschichte
der Stadt Müncheberg e. V.



Sonderausgabe 2020



Vortrag von Prof. Dr. Christoph Bernard am 14.10.2018
im Verein für Heimatgeschichte der Stadt Müncheberg
e. V.

Die zeitweilige Bildung von zwei deutschen Staaten

Vorbemerkung

Vor 75 Jahren endete der den weiteren Verlauf der Entwicklung auf unserer Erde maßgeblich prägende Zweite Weltkrieg. Es ist unsere Pflicht, dem Vergessen oder der Verharmlosung wie auch der Glorifizierung der damaligen Ereignisse entgegenzuwirken. Die etwa 60 Millionen Toten (darunter nahezu 30 Millionen Zivilisten) und weiteren Millionen gesundheitlich und psychisch schwer geschädigter Menschen ermahnen uns, die Ereignisse den jüngeren Generationen nahezubringen, damit sie mit dem Wissen über diese schreckliche Vergangenheit neues Unheil verhüten. Während der Krieg erst am 02.09.1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Japans durch die Unterschriften des Außenministers Mamoru Shigemitsu und des Generals Yoshijiro Umaza endet, beginnt in Europa schon ab dem 08.05. eine von den unversöhnlichen Gegensätzen zwischen den westlichen Alliierten und ihrem bisherigen Bündnispartner UdSSR geprägte Konfrontation. Das im Herzen Europas gelegene, besetzte Deutschland liegt dabei im Schwerpunkt der Interessenkonflikte.

Die Ausgangssituation

Das Großdeutsche Reich hatte am 07.05.1945 um 02.41 Uhr an allen Fronten bedingungslos zum 08.05., 23.01 Uhr, kapituliert. Das wurde am 08.05. in der Pionierschule Berlin-Karlshorst in Anwesenheit vom Reichspräsidenten schriftlich bevollmächtigter hochrangiger Vertreter ratifiziert (Bild 1 und 2). Das war erst das zweite Mal nach der Kapitulation der Konföderierten Staaten von Amerika im Nordamerikanischen Bürgerkrieg, dass ein Staat bedingungslos kapituliert. Dem unterlegenen Staat werden keinerlei Rechte eingeräumt.



Bild 1: Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation in Reims durch Generaloberst Alfred Jodel



Bild 2: Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation in Karlshorst durch Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel

In Flensburg-Müwrick verhaftete am 23.05.1945 die britische Armee den Reichspräsidenten, Großadmiral Karl Dönitz (Bild 3), und sein Kabinett, die „Geschäftsführende Reichsregierung“, auf dem Dampfer „Patria“ und brachte sie in die Gefangenenlager Mondorf-Les Bains/Monheim in Luxemburg sowie Schloss Krausberg bei Frankfurt (Main).


DETENTION REPORT		File number
		SEX (1) <input checked="" type="radio"/> M <input type="radio"/> F <small>Ring available</small> Office use only
Surname: <i>DOENITZ</i>		
First name: <i>KARL</i>		
Aliases:		
Civil Occupation: <i>Regular Navy Officer</i>		
Nationality: <i>German</i> (2)		
DATE OF BIRTH (3)	PLACE OF BIRTH (3A)	WEIGHT (3B) HEIGHT (3C)
<i>16 Sept 1891</i>	<i>BERLIN</i>	<i>142 lbs. 1.74m</i>

Bild 3: Großadmiral Karl Dönitz in der britischen Kriegsgefangenendatei

Mit der ersten Berliner Viermächtedeklaration am 05.06.1945 übernahmen auf der Grundlage des Okkupationsrechts der Sieger die Alliierten Befehlshaber der Hauptsiegermächte um 18.00 Uhr die Staatsgewalt im ehemaligen Deutschen Reich.

Einem „Alliierten Kontrollrat für Deutschland in den Grenzen von 1937“ mit Sitz im ehemaligen Kammergericht in Berlin-Schöneberg und der „Interalliierten Kommandantur“ für Berlin werden sämtliche deutsche zivilen und militärischen Behörden, Dienststellen, Einheiten und Einrichtungen unterstellt. Sie sind den Militärverwaltungen gehorsamspflichtig und dürfen nur im Auftrag der Alliierten handeln. In den alliierten Gremien sind einstimmige Beschlüsse vorgeschrieben, und jede Macht hat Vetorecht.

Verwaltungsakte der Alliierten

Im August 1944 gründet die US Army in London den US Group Control Council (USGCC) zur Vorbereitung der zukünftigen Verwaltung Deutschlands.

Mit Befehl Nr. 1 wird am 09.06.1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) unter Marschall Georgi Konstantinowitsch Shukow als Chef errichtet. Ihr Sitz ist in der ehemaligen Pionierschule mit Büro des Chefs im ehemaligen Klubraum (Bild 4) (bis 21.03.1946) und Behörden im ehemaligen Reichsluftfahrtministerium, heute Finanzministerium der Bundesregierung.

Die SMAD lässt mit Befehl Nr. 2 am 10.06.1945 in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin Parteien sowie Gewerkschaften zu.



Bild 4: Ehemaliger Klubraum der Pionierschule in Karlshorst in der derzeitigen Ausgestaltung als Gedenkstätte

Auf Befehl des Stadtkommandanten von Berlin, Generaloberst Nikolaj Erastowitsch Bersarin, wird am 25.05.1945 in der sowjetischen Besatzungszone die „Deutsche Volkspolizei“ (DVP/VP) gegründet und der ehemalige Oberleutnant Paul Markgraf auf Vorschlag der Gruppe Ulbricht als Polizeipräsident von Großberlin eingesetzt.

Im Juni 1945 werden in der US-Zone in Bayern stillschweigend bewaffnete Polizeien („Bavaria Municipal Police“ sowie „Bavaria Rural Police“) und Landespolizeiformationen der Regierungsbezirke aufgestellt.

Vom 01.07. bis 04.07.1945 räumen Briten und US Army von ihnen eroberte Territorien in Sachsen, dem späteren Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg sowie der Tschechoslowakei. Deutsche Wissenschaftler und Unternehmer werden „freiwillig“ in die Westzonen umgesiedelt, und am 04.07. ziehen britische und US-Truppen in ihre Besatzungssektoren von Berlin ein.

Die Besatzungsmächte schaffen sich in den Zonen und Sektoren unter ihrer Aufsicht arbeitende deutsche Verwaltungsstrukturen. In der sowjetischen Besatzungszone entstehen am 09.07.1945 die Provinz Brandenburg und das Land Mecklenburg; bis zum Oktober wird aus den Provinzen Magdeburg und Halle-Merseburg, dem Freistaat Anhalt, der Exklave Calförde und dem östlichen Teil des Kreises Blankenburg bis zum Oktober 1946 eine Provinz Sachsen-Anhalt, aus der am 21.07.1947 das Land Sachsen-Anhalt hervorgeht.

Mit der von General Dwight David Eisenhower am 19.09.1945 unterzeichneten „Proklamation Nr. 2“ konstituiert die US-Militärregierung die Länder Bayern, Württemberg-Baden und Groß Hessen. Die SMAD fordert mit Befehl Nr. 17 den Aufbau zentraler deutscher Verwaltungen und übergibt am 22.10.1945 die Legislative an die Länder und Provinzen.

Die französische Militärregierung bildet in ihrer Besatzungszone am 01.12.1945 das Land Baden und am 30.08.1946 das Land Rheinland-Pfalz. Frankreich lässt durch Wahlen in seiner Besatzungszone am 17.11.1946 das Land Württemberg-Hohenzollern bilden.

Die britische Militärregierung konstituiert am 22.08.1946 die Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Auf Befehl Nr. 55 der britischen Militärregierung entsteht aus den Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe am 08.11.1946 das Land Niedersachsen.

Am 25.02.1947 verfügt der Alliierte Kontrollrat mit dem Gesetz Nr. 46 die Auflösung Preußens.

Vom 17.07. bis 02.08.1945 tagen in Potsdam die Regierungsvertreter der drei Hauptsiegermächte unter Führung des Premierministers Großbritanniens Winston Spencer Churchill (wegen der Wahlniederlage in Großbritannien noch während der Konferenz durch Clement Attlee abgelöst), des Präsidenten der USA Harry S. Truman und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Generalissimus Joseph Wissarionowitsch Dshugaschwili -Stalin- (Bild 5).



Bild 5: Die großen 3 – Winston Spencer Churchill, Harry S. Truman, Josef Wissarionowitsch Djugaschwili (Stalin)

Die Konferenz endet mit Beschlüssen über die Grenzen, Umsiedlungen, Reparationen, Abrüstung, die Entnazifizierung, Demokratisierung, Entmilitarisierung, Demonstration und Dezentralisierung sowie die Auflösung der

N.S.D.A.P. und ihrer Suborganisationen, die Viermächteverwaltung und die Einheit Deutschlands. Frankreich, notifiziert am 07.08.1945 sein Einverständnis zu den in Potsdam vereinbarten Abkommen und besetzt am 12.08. seinen Besatzungssektor von Berlin. Ab dem 30.08.1945 werden alle Besatzungszonen durch den Alliierten Kontrollrat verwaltet.

Am 22.07.1945 wird das Oberkommando der Kriegsmarine, seit dem Selbstmord von Generaladmiral Hans Georg von Friedeburg am 23.05. unter Generaladmiral Walter Warzecha, aufgelöst. Es hatte bis zu diesem Zeitpunkt die Besatzungen der Schiffe entwaffnet, die „German Mine Sweeping Administration“, unter britischem Befehl, aufgestellt und die deutschen Kriegs- und Handelsschiffe für die Verteilung unter den Siegermächten am 19.07. auf der Potsdamer Konferenz vorbereitet.

Unter Viersternegeneral Lucius Dubignon Clay wird am 29.09.1945 aus dem US Group Control Council (USGCC) die US-Militärregierung (Office of Military Government for Germany (U.S.) – OMGUS) gebildet. Sie wird am 05.12.1949 aufgelöst. Das Ziel einer Re-Education wird zu Gunsten einer scharf antikommunistischen Re-Orientierung aufgegeben.

Die SMAD erlässt am 30.10.1945 den Befehl 124 zur Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern, der dann die Grundlage für die von deutschen Organisationen durchgeführte Bodenreform wird.

Weiterhin erlaubt sie am 31.10.1945 die Bewaffnung der Volkspolizei, kurz bevor mit der „Directive No. 16“ des Alliierten Kontrollrats vom 16.11.1945 die Bewaffnung der deutschen Polizeien mit Knüppeln, Revolvern und Pistolen festgelegt wird.

Am 21.11.1945 beschließt der Alliierte Kontrollrat die Ausweisung der in den Ostgebieten und Osteuropa verbliebenen etwa 6,65 Millionen Deutschen.

Die Westalliierten lösen am 20.08.1946 die Wehrmacht auf, behalten aber die aus ehemaligen Wehrmachtangehörigen bestehenden, als Hilfstruppen der Alliierten gebildeten, Dienstgruppen bei.

Am 05.06.1947 gibt der Außenminister und ehemalige Generalstabschef der USA, George Catlett Marshall, in einer Rede vor der Absolventenklasse der Harvard Universität die Grundlagen des „European Recovery Program“ (ERP), später als Marshallplan bezeichnet, bekannt.

Schon am 02.07.1947 lehnt die UdSSR die Teilnahme am Marshallplan ab.

Der Kongress der USA verabschiedet am 03.04.1948 den von Präsident Harry S. Truman unterzeichneten Marshallplan (5,3 Milliarden US-\$ stehen bereit und am 16.04.1948 wird zur Verwaltung der Marshallplan-Gelder die „Organization for European Economic Cooperation and Development“ (OEECD) gegründet.

Der US-Außenminister James Francis Byrnes erklärt am 06.09.1947 in Nürnberg, dass im Interesse Europas den Deutschen ihre Regierung zurückgegeben werden muss. Wegen Differenzen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands wird die seit dem 25.11. tagende 5. Londoner Konferenz der Rates der Außenminister der vier Siegerstaaten am 15.12.1947 abgebrochen. Es kommt zum offenen Bruch zwischen der UdSSR und den USA.

Nachdem 348 Besatzungsmitglieder ihr Leben verloren haben und 10 Schiffe gesunken sind, wird am 31.12.1947 die German Mine Sweeping Administration aufgelöst und aus dem deutschen Personal und den verbliebenen Fahrzeugen der weiterhin unter britischer Kontrolle stehende „Minenräumverband Cuxhaven“ gebildet.

Auf Befehl General Lucius Dubignon Clays beginnt am 02.04.1948 Generalleutnant Curtis Emerson Le May mit der „Kleinen Luftbrücke“, welche die Versorgung der US-Truppen in Westberlin unabhängig von der sowjetischen Kontrolle der Landwege gestaltet.

Am 23.06.1948, 00.00 Uhr, beginnt die Sowjetarmee wegen der von den Westalliierten veranlassten Währungsreform eine Blockade der Land- und Wasserwege nach Westberlin (I. Berlinkrise).

Offiziell wird die Blockade von der UdSSR erst am 26.06. verkündet. Die Westmächte betreiben daraufhin unter Generalmajor William Henry Tunner eine Luftbrücke. Nach Geheimverhandlungen in einem kanadischen Dorf wird am 04.05.1949 ein gemeinsames Kommuniqué zur Aufhebung der Blockade Berlins unterzeichnet und am 12.05., 00.01 Uhr, die Blockade Westberlins beendet. Mit knapp 280.000 Flügen kamen über die Luftbrücke 2,3 Mill. t Güter nach Berlin, wobei 78 Personen das Leben verloren. Ihrer wird mit einem Denkmal vor dem Flughafengebäude Tempelhofs gedacht.

Am 18.04.1948 befiehlt die SMAD, die Sequestrierungen (Enteignungen) in der sowjetischen Besatzungszone zu beenden, und setzt den Befehl 124 vom 30.10.1945 außer Kraft. Der Deutschen Wirtschaftskommission wird befohlen, einen Ausschuss zum Schutz des entstandenen Volkseigentums zu bilden und dieses schnell wieder aufzubauen und vollständig zum Nutzen des Volkes einzusetzen.

Die SMAD befiehlt am 01.03.1949 den Bau von 20 als „Seekutter“ getarnten Küstenschutzbooten auf deutschen Werften. Die Jachtwerft Berlin stellt das erste Muster her und erprobt es auf dem Müggelsee. Die Endausrüstung erledigt die Peenewerft in Wolgast.

Im April 1949 werden auf Befehl der SMAD alle Landes-VP-Bereitschaften zentral der Hauptverwaltung Schulung (HVS) unterstellt (Beginn des Aufbaus von Land- und Seestreitkräften).

Frankreich sowie Großbritannien beenden am 09.07.1949 in der Trizone den Kriegszustand mit Deutschland.

Am 21.09.1949 wird von den Westmächten das Besatzungsstatut verkündet und in Kraft gesetzt.

Am 17.10.1949 beenden die USA in der Bundesrepublik den Kriegszustand mit Deutschland.

Die UdSSR beendet erst am 25.01.1955 in der DDR den Kriegszustand mit Deutschland.

Erste deutsche Mitwirkungshandlungen

Der am 31.10.1944 von der US Army zum Oberbürgermeister von Aachen eingesetzte Jurist Franz Oppenhoff wird von einem Kommandounternehmen der SS am 25.03.1945 ermordet.

Der ehemalige Stadtverordnete der SPD und Stadtrat Georg Kurtze hisst am Morgen des 21.04.1945 auf dem Strausberger Rathaus die weiße Fahne, weshalb die Rote Armee ohne weiteren Beschuss die Stadt besetzt. Er wird noch am gleichen Abend von unbekanntem Tätern erschossen.

Das Scheitern des Militärputschs vom 20.07.1944 wie auch die genannten Beispiele beweisen, dass der Sieg der Alliierten zugleich die vom deutschen Volk nicht mehr zu bewältigende Befreiung von dem vor 12 Jahren selbst gewählten Verbrecherregime war.

In der UdSSR hatte man aus Deutschland geflüchtete Kommunisten auf den Wiederaufbau eines antifaschistischen deutschen Staates vorbereitet. Schon am 30.04.1945 landen, aus Moskau kommend, bei Kalau (Kaława) in der Nähe von Meseritz (Międzyrzecz) im heutigen Polen Walter Ulbricht, Richard Gyptner, Otto Winzer, Karl Maron und Wolfgang Leonhard (Gruppe Ulbricht). Sie reisen zur Unterstützung der Politischen Hauptverwaltung der 1. Belorussischen Front bei der Neuorganisation des öffentlichen Lebens und der Verwaltung Berlins nach Bruchmühle bei Strausberg weiter. Dort üben sie vom 02.05. bis 08.05.1945 ihre Tätigkeit aus, bevor sie ihr Hauptquartier in Berlin-Friedrichsfelde beziehen.

Am 04.06.1945 nehmen Anton Ackermann, Gustav Sobotka und Walter Ulbricht in Moskau Rücksprache bezüglich der Gründung von Parteien in Deutschland. Das führt zu der schon erwähnten frühzeitigen Wiederzulassung von Parteien in der sowjetischen Besatzungszone.

Unter britischer Aufsicht sendet ab dem 04.05.1945 wieder „Radio Hamburg“ als erster deutscher Sender und unter sowjetischer Aufsicht sendet ab dem 13.05.1945 der Berliner Rundfunk aus dem Haus des Rundfunks in der Masurenallee im zukünftigen britischen Sektor über die Funkanlagen des „Senders 21“ in Tegel im zukünftigen französischen Sektor.

In Großberlin erscheint als erste Zeitung der sowjetischen Militärverwaltung ab dem 15.05.1945 die „Tägliche Rundschau“. Als zweite deutsche Zeitung nach der Kapitulation erscheint ab 01.08.1945 die von der US-Besatzungsmacht lizenzierte „Frankfurter Rundschau“.

Am 17.10.1945 bildet die US-Militärregierung in ihrer Zone einen Länderrat. Er besteht aus den Ministerpräsidenten der Länder in der US-Zone.

In der britischen Besatzungszone wird am 15.02.1946 auf Anordnung Nr. 12 der britischen Kontrollkommission der Zonenbeirat (Zonal Advisory Council/ZAS) gegründet. Er besteht aus Vertretern der von den Briten ernannten Landesregierungen (die später dann gewählt wurden) und soll Empfehlungen für die britische Kontrollkommission ausarbeiten. Er bestand bis zur Konstituierung des Bundestags und trat am 06.03. erstmals in Hamburg zusammen.

Am 01.04.1946 wird in der Sowjetischen Besatzungszone eine Verwaltung des Inneren unter Emil Reschke gegründet, woraus am 30.06.1946 die Zentralverwaltung des Inneren (Z.V.I. oder DVdI) als Vollzugsorgan der SMAD entsteht. Von ihr wird im August 1946 die Deutsche Volkspolizei zentral zusammengefasst.

Auf Befehl der SMAD stellt die DVdI ab 01.12.1946 auf Länderebene die Deutsche Grenzpolizei (DGP) auf, und auf einen weiteren SMAD-Befehl hin wird am 03.06.1948 die deutsche Hauptabteilung Grenzpolizei und Bereitschaftspolizei (HA GP/B) gebildet.

Am 03.07.1948 ergeht der Befehl der SMAD zur Aufstellung der VP-Bereitschaften (Hundertschaften) der Länder. Im September 1948 bildet die Deutsche Volkspolizei eine Hauptabteilung Grenze/Bereitschaften (HA G/B).

Gleichzeitig trifft in Frankfurt (Oder) ein erster Transport – von der UdSSR ausschließlich für den Einsatz in den Polizeikräften der sowjetischen Besatzungszone vorgehener – ehemaliger Kriegsgefangener der Wehrmacht ein. Im Oktober 1948 werden auf Befehl der SMAD 40 Bereitschaften der VP in Stärke von 250 Mann kaserniert und der DVdI unterstellt.

Im April 1949 erteilt die SMAD den Befehl, die Grenzpolizei aus der Hauptabteilung Grenzpolizei und Bereitschaften (HA GP/B) herauszulösen, was dann zum 20.07. erfolgt. Alle Landes-VP-Bereitschaften werden zentral in der Hauptabteilung Bereitschaften zusammengefasst. Ab Ende Juli unterstehen sie, in „Verwaltung für Schulung“ (VfS) umbenannt, dem Vizepräsidenten der DVdI, Wilhelm Zaisser, als Generalinspekteur.

Die Bereitschaften spezialisieren sich unter Aufsicht sowjetischer Berater in Infanterie, Artillerie und Panzereinheiten. In der sowjetischen Besatzungszone bestehen von jetzt an rein militärische deutsche Formationen.

In der sowjetischen Besatzungszone wird am 15.11.1948 der erste Laden der „Handelsorganisation“ (HO) eröffnet.

Am 14.03.1949 wird in Darmstadt das Posttechnische Zentralamt gegründet (Bild 6). Es schafft die bis in die Gegenwart gültigen Postleitzahlen für Gesamtdeutschland.



Bild 6: Ehemaliges Posttechnisches Zentralamt Darmstadt

Die Spaltung Deutschlands

Auf der „Eureka“-Konferenz in der sowjetischen Botschaft von Teheran vom 28.11. bis 01.12.1943 wird die Aufteilung Deutschlands in mehrere Teilstaaten oder Protektorate geplant.

Am 13.12.1943 wird als diplomatischer Ausschuss Großbritanniens, der UdSSR und der USA in London die Europäische Beratende Kommission konstituiert [European Advisory Commission (EAC)]. Sie tagte im Lancaster House und wird nach der Potsdamer Konferenz aufgelöst.

Parallel zur EAC beauftragt die KPdSU im Frühjahr 1944 die KPD im Moskauer Exil, ein deutschlandpolitisches Konzept zu erarbeiten.

Auf der Konferenz von Jalta vom 04.02. bis 12.02.1945 können sich die drei hauptkriegsführenden Alliierten nicht auf Modalitäten für eine gemeinsame Verwaltung des zu erobernden Großdeutschen Reichs einigen. Sie beschließen daher eine Viermächteverwaltung des in Besatzungszonen nach den Protokollen der europäischen beratenden Kommission vom 12.09. und 14.11.1944 (sowie 26.07.1945) aufgeteilten Territoriums Deutschlands in den Grenzen vom Dezember 1937 (auf Churchills Wunsch unter Berücksichtigung Frankreichs) unter einem Alliierten Kontrollrat.

Bereits am 12.05.1945 schreibt der britische Premierminister Winston Spencer Churchill an den Präsidenten der USA, Harry S. Truman, in einem Telegramm: „Ein Eiserner Vorhang ist an ihrer Front herabgelassen worden“.

Entsprechend der letzten Fassung der drei Zonenprotokolle der Europäischen Beratenden Kommission vom 13.08.1945 wird nach der Konferenz in Potsdam die Zonen- und Sektoreneinteilung Deutschlands festgelegt.

Erstmals in der Öffentlichkeit gebraucht Churchill am 05.03.1946 in einer Rede in Fulton, Missouri, die Begriffe „Kalter Krieg“ und „Eiserner Vorhang von Stettin im Baltikum bis Triest“, indem er vor dem sowjetischen Totalitarismus warnt. Das hieß natürlich auch durch Deutschland von der Kieler Bucht bis Meiningen.

Der Verantwortliche für politische Arbeit in der SMAD, Generalleutnant Fjodor Jefrimowitsch Bokow, fordert am 21.04.1946 von der SED ein Konzept zur landesweiten Führungsrolle in einem selbstverwalteten Deutschland. Daraufhin übergibt die SED im Mai 1946 der SMAD eine Erklärung des Parteivorstands „Für die Bildung einer einheitlichen deutschen Staatsregierung“ mit einem von Karl Polak ausgearbeiteten, 192 Artikel umfassenden Verfassungsentwurf. Die SMAD verweigert zunächst die Veröffentlichung dieses Entwurfs.

Ab dem 30.06.1946 lässt die Die SMAD die Demarkationslinie zwischen Ost- und Westdeutschland bewaffnet sichern.

Am 06.09.1946 fordert US-Außenminister James Francis Byrnes vor deutschen Politikern in Stuttgart die baldige Errichtung eines nicht kommunistischen deutschen Kernstaats.

Reisen zwischen der sowjetischen und den Besatzungszonen der drei Westmächte sind ab dem 29.10.1946 nur noch mit einem 30 Tage gültigen Interzonenpass möglich.

Im November 1946 stimmt Stalin dem Entwurf Karl Polaks für eine deutsche Verfassung zu. Die SED bildet daraufhin eine parteiinterne Verfassungskommission unter Otto Grotewohl. Karl Polak erstellt einen zweiten Entwurf. Nach Zustimmung des Parteivorstands wird dieser zweite Entwurf veröffentlicht.

US- und britische Militärregierung bilden am 02.12.1946 unter französischem Protest die Bizone, welche sich unter sowjetischem und französischem Protest am 01.01.1947 mit „Wirtschaftsrat“ (Parlament), „Länderrat“ und „Exekutive“ (Regierung) konstituiert.

Mit Befehl Nr. 138 der SMAD wird in der sowjetischen Besatzungszone am 14.06.1947 die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) gebildet und dieser alle Zentralverwaltungen unterstellt.

Auf der fünften Moskauer Konferenz der Außenminister zur Deutschlandfrage vom 10.03. bis 24.04.1947 stellt George Catlett Marshall das „European Recovery Program“ (ERP) (Marshallplan) zur wirtschaftlichen Vereinigung der Besatzungszonen und den Plan für eine zonenübergreifende Währungsreform mit einheitlicher Verwaltung vor. Die Konferenz endet aber ergebnislos. US-Außenminister James Francis Byrnes erklärt am 06.09.1947 in Nürnberg, dass im Interesse Europas den Deutschen ihre Regierung zurückgegeben werden muss.

Vom 23.02. bis 05.03.1948 findet in London die 1. Sechsmächtekonferenz (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, USA) zur Bildung eines deutschen Staates statt. Diese Staaten beschließen am 17.03.1948 in London den anti-deutschen Brüsseler Defensivvertrag gegen die UdSSR. Da der Vertreter der UdSSR, Marschall Wassili Danijlowitsch Sokolowski, aus Protest gegen die Einbeziehung Westberlins in den Marshall-Plan und die Londoner Sechsmächtekonferenz den Kontrollrat verließ, stellt der Alliierte Kontrollrat nach 82 Sitzungen am 20.03.1948 seine Arbeit ein, und damit gibt es keine Gesamtdeutschland verwaltende Institution mehr.

Die zweite Londoner Sechsmächtekonferenz vom 20.04. bis 01.06.1948 endet mit den „Londoner Empfehlungen“ zur Bildung eines deutschen Weststaats aus den drei Westzonen.

Am 16.06.1948 verlässt die UdSSR (Generalmajor Alexander Georgijewitsch Kotikow) auch die Viermächte-Militärkommandantur in Berlin.

Die Militärgouverneure der westlichen Besatzungsmächte setzen vom 19.06. bis 21.06.1948 das „Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens“ in der Bizone, der französischen Zone und in Westberlin in Kraft. Damit verbunden ist die „Währungsreform“ mit Geldumtausch im Verhältnis 10:1 und der Sofortauszahlung von 40 DM. Im August findet nochmals ein Umtausch von 20 DM zum Kurs 1:1, sowie die Gründung der „Bank deutscher Länder“ statt.

Von den Westkommandanten wird für ihre Sektoren Berlins am 23.06.1948 die Währungsreform angekündigt und am 24.06. durchgeführt.

In der sowjetischen Zone und im sowjetischen Sektor von Berlin erfolgt vom 23. zum 24.06.1948 ein Geldumtausch, 70 RM im Verhältnis 1:1, der Rest im Verhältnis 10:1.

Wegen der ohne Einwilligung der UdSSR durchgeführten Währungsreform beginnt am 23.06.1948 die sowjetische Schließung der Land- und Wasserwege nach Westberlin (I. Berlinkrise), die ab 26.06. dann offizielle „Blockade Westberlins“ durch die UdSSR.

Für die Westmächte ist die Anwesenheit in Berlin zur Durchsetzung ihrer Deutschlandpolitik unabdingbar. Sie beginnen deshalb unter Generalmajor William Henry Tunner mit der ersten Landung einer Transportmaschine Douglas C-47 „Skytrain“ um 14.17 Uhr in Tempelhof am 26.06.1948 die „Operation Vittles“, die Große Luftbrücke der US Air Force, der sich am 28.06. mit der „Operation Plainfare“ die Briten und später auch die Franzosen anschließen.

Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Louise Schroeder (kommissarisch bis 07.12.1948). Ernst Reuter (gewählt 24.06.1947), erklärt am 30.07.1948 den Polizeipräsidenten von Großberlin, Paul Markgraf, für abgesetzt und setzt dafür den bisherigen Vizepolizeipräsidenten, Dr. Johannes Stumm ein (Bild 7). Da der sowjetische Stadtkommandant, Generalmajor Alexander Georgijewitsch Kotikow, das ablehnt, gibt es fortan getrennte Polizeien für West- und Ostberlin.



Bild 7: Westberliner Polizist

Am 26.08.1948 verhindern Ostberliner Demonstranten das Zusammentreten der Gesamtberliner Stadtverordnetenversammlung im Roten Rathaus, daraufhin kommt es zur Teilung der Stadt mit zwei Bürgermeistern. Friedrich Ebert wird am 20.11.1948 zum Oberbürgermeister von Ostberlin gewählt. Am 05.12. wird in Westberlin eine Stadtverordnetenversammlung gewählt und am 07.12. Ernst Reuter Oberbürgermeister von Westberlin.

Zur Umsetzung des Marshallplans nimmt am 16.12.1948 in Frankfurt (Main) die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Arbeit auf.

Die drei Westalliierten setzen am 21.12.1948 ihre Tätigkeit in der Berliner Stadtkommandantur fort.

Auf einer Deutschlandkonferenz in Washington vom 04.04. bis 08.04.1949 beschließen die Außenminister Frankreichs (Robert Schuman), Großbritanniens (Ernest Bevin) und der USA (Dean Gooderham Acheson) die Zusammenlegung von Bizone und Französischer Zone zur Trizone, die Ablösung der drei Militärregierungen durch eine Alliierte Hohe Kommission und das geänderte Besatzungsstatut.

Am 08.04.1949 wird durch Beitritt der französischen Zone zur Bizone die Trizone gebildet, und am 10.04. bekommt der Parlamentarische Rat in der Trizone das Besatzungsstatut bekanntgegeben.

Deutsche Aktivitäten zu einer neuen Staatsgründung

Am 06.03.1944 legte Wilhelm Florin auf einer Arbeitstagung der KPD im Moskauer Exil ein im Auftrag der KPdSU angefertigtes deutschlandpolitisches Konzept vor, das die KPD als Regierungspartei in Gesamtdeutschland vorsah.

Am 14.07.1945 wird in der sowjetisch besetzten Zone der „Antifaschistische Block“ oder auch „Demokratische Block“ gegründet. Er bestand zunächst aus je vier Vertretern von KPD, SPD, CDU und LDP.

In Berlin findet am 06./07.12.1947 der „I. Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ statt. In ihn sind außer den Vertretern der Parteien auch Vertreter der Massenorganisationen gewählt worden, die wiederum meistens SED Mitglieder waren, so dass die SED deutlich überproportional vertreten war und Einfluss nehmen konnte.

Der am 17./18.03.1948 stattfindende „II. Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ lehnt den Marshall-Plan ab und fordert eine zentrale Verwaltung sowie die Auflösung des Wirtschaftsrats der Bizone.

Er anerkennt die Oder-Neiße-Grenze und wählt den „I. Deutschen Volksrat“, ebenfalls mit Delegierten der Parteien und der Massenorganisationen.

Der Volksrat bildet einen Verfassungsausschuss unter Otto Grotewohl. Ihm gehören Karl Polak und weitere 6 SED-Mitglieder aus den Massenorganisationen sowie 3 CDU- und 6 LPD-Mitglieder an. Die neun Vertreter der KPD aus den Westzonen können auf Grund der Reisebeschränkungen nicht teilnehmen.

Am 15.04.1948 beginnen in der sowjetischen Besatzungszone die Diskussionen im Verfassungsausschuss.

Am 01.07.1948 übergeben die westlichen Militärgouverneure den 11 westdeutschen Länderministerpräsidenten auf der Grundlage der Londoner Empfehlungen die „Frankfurter Dokumente“:

Dokument I

- Aufforderung, eine verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer föderativen Verfassung einzuberufen,
- die Verfassung ist von den Militärgouverneuren zu genehmigen,
- die Verfassung ist durch Referenden in den Ländern zu bestätigen,
- Verfassungsänderungen sind nur mit Genehmigung der Militärgouverneure möglich.

Dokument II verlangt eine territoriale Neugliederung der Länder.

Dokument III beinhaltet das Besatzungsstatut.

Auf einer Konferenz im Koblenzer Hotel „Rittersturz“ beraten vom 08.07. bis 10.07.1948 die Ministerpräsidenten der Länder in den drei Westzonen ihre Stellungnahmen zu den „Frankfurter Dokumenten“. Sie schlagen in den Koblenzer Beschlüssen statt des Weststaats ein „organisiertes Provisorium“ in Form eines „administrativen Zweckverbands“ und statt der Verfassungsgebenden Versammlung einen Parlamentarischen Rat sowie an Stelle einer Verfassung ein Grundgesetz vor.

Auf dem Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim drängt in einer Konferenz der westlichen Militärgouverneure und Ministerpräsidenten am 26.07.1948 der US-Militärgouverneur General Lucius Dubignon Clay seine Kollegen, den britischen Generalmajor Brian Robertson und den französischen General Marie-Pierre Koenig, als Militärgouverneure zuzustimmen, dass die 11 Ministerpräsidenten der Westzonen Delegierte in einen Parlamentarischen Rat entsenden.

In der Vereinbarung der Ministerpräsidenten über den Parlamentarischen Rat verpflichten sich diese, Gesetze zur Wahl von Abgeordneten für den Parlamentarischen Rat in ihren Ländern vorzulegen.

Die Landesministerpräsidenten der Westzonen hatten am 15.07.1948 in Wiesbaden ein „Gemeinsames Büro“ gebildet.

Ein Ausschuss von 11 Delegierten und 14 Sachverständigen Mitarbeitern für Verfassungsfragen der Länder, Verfassungskonvent, erarbeitet vom 10.08. bis 23.08.1948 im Augustiner Chorherrenstift Altes Schloss auf der Herreninsel im Chiemsee auf der Grundlage der von den drei Westalliierten Militärgouverneuren übergebenen föderalistischen Grundsätze und „Denkschriften“ den „Herrenchiemsee Bericht“ mit dem „Chiemsee Entwurf“ eines Grundgesetzes, der dem Gemeinsamen Büro der Ministerpräsidenten übergeben wird.

Bis zum 16.08.1948 sind die Wahlen von 65 stimmberechtigten Mitgliedern für den Parlamentarischen Rat abgeschlossen. Am 06.09. wird er durch fünf nicht stimmberechtigte Mitglieder aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung ergänzt.

Im August 1948 verabschiedet der Volksrat in der sowjetischen Besatzungszone die vom Verfassungsausschuss vorgelegten Richtlinien für eine Verfassung und beauftragt einen Unterausschuss mit acht Mitgliedern, einen vollständigen Verfassungstext zu formulieren.

Am 01.09.1948 wird erstmalig ins Bonner Museum Alexander Koenig der „Parlamentarische Rat“ aus den in den 11 Landtagen gewählten 65 Vertretern der Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, KPD, DP unter Dr. Konrad Adenauer als Präsident einberufen.

In seiner 5. Sitzung billigt in der sowjetischen Besatzungszone der Volksrat am 22.10.1948 den Entwurf des Unterausschusses für die Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik (DDR), dem auch die SMAD zustimmt. Er wird nun zur Diskussion gestellt, und bis Mitte Februar gibt es etwa 15.000 Einsendungen zum Entwurf.

Am 19.03.1949 bestätigt der Volksrat den unter Auswertung der Einsendungen korrigierten Text der Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik (DDR). In einer Resolution schlägt er dem Parlamentarischen Rat in der Trizone eine Diskussion zu einer gemeinsamen Initiative vor, was dieser wegen des sowjetischen Einflusses und der zweifelhaften Legitimation der Mitglieder des Volksrats ablehnt.

Am 08.05.1949 um 23.55 Uhr beschließt der Parlamentarische Rat mit 53 Stimmen und 12 Gegenstimmen von CSU und KPD das Grundgesetz, und am 12.05. genehmigen die westlichen Militärgouverneure General Lucius Dubignon Clay, Generalleutnant Sir Brian Robertson und Armeegeneral Marie-Pierre Koenig das Grundgesetz.

Am 15./16.05.1949 finden in der sowjetischen Besatzungszone Wahlen zum III. Deutschen Volkskongress statt. Bei diesen Wahlen wird erstmalig nur noch eine Einheitsliste des Demokratischen Blocks gewählt. Auf dem Stimmzettel steht nun: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Ich stimme darum für die nachstehende Kandidatenliste zum Dritten Deutschen Volkskongress.“

In der Trizone stimmen die Länder in der Zeit vom 18.05. bis 21.05.1949, außer in Bayern, dem Grundgesetz zu, und am 23.05. wird das Grundgesetz verkündet. Gleichzeitig wird die Todesstrafe abgeschafft. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt zum Ende des Tages mit Zustimmung der Westmächte und unter Protest der UdSSR in Kraft. Das Datum gilt als Gründungstag der Bundesrepublik.

In seiner Tagung am 29./30.05.1949 mit 1.400 Delegierten aus der sowjetischen Besatzungszone und 600 Delegierten aus der Trizone nimmt der III. Deutsche Volkskongress die Verfassung der DDR an, wählt den II. Deutschen Volksrat und bildet in der sowjetischen Besatzungszone die „Nationale Front des demokratischen Deutschland“. Diese umfasst jetzt zusätzlich zu den Parteien des Demokratischen Blocks auch die Massenorganisationen. Ihre formale Gründung wird erst am 30.03.1950 vollzogen.

In der Trizone wird am 14.08.1949 nach einem unglaublich heftigen Wahlkampf der erste deutsche Bundestag gewählt, und am 07.09. findet in Bonn die erste Bundestagssitzung statt. Unmittelbar vorher war auch der Bundesrat zu einer ersten 41-minütigen Sitzung zusammengekommen.

Prof. Dr. Theodor Heuß (F.D.P.) wird Bundespräsident (12.09.1949 bis 30.06.1959). Dr. Konrad Adenauer (CDU) wird Bundeskanzler der (15.09.1949 bis 15.10.1963).

Am 20.09.1949 konstituiert sich die erste Bundesregierung in dem vom Parlamentarischen Rat als Hauptstadt vorgeschlagenen Bonn.

Am 16.09.1949 reisen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner nach Moskau und verhandeln am 17.09. mit Lawrentij Pawlowitsch Berija (Volkskommissar für Inneres), Georgi Maximilianowitsch Malenkow (stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare) und Wjatscheslaw Michailowitsch Skrjabin (Molotow) (Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten) über die Zustimmung der Regierung der UdSSR zur Gründung einer Deutschen Demokratischen Republik in der sowjetischen Besatzungszone.

Die SED-Delegation erhält am 27.09.1949 im Moskauer Kreml einen Brief Stalins überreicht, in dem dieser die Vorschläge der Delegation zur Gründung einer Deutschen Demokratischen Republik in der sowjetischen Besatzungszone billigt. Stalin hatte mit der Zustimmung gezögert, weil er mit der Gründung einer DDR endgültig jeden Einfluss auf die Trizone verlieren musste.

Die ersten Delegationsmitglieder reisen am 28.09. zurück in die sowjetisch besetzte Zone.

Unter Vorsitz von Wilhelm Pieck tritt am 07.10.1949 im großen Saal des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums (Bild 8) der II. Volksrat mit 330 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen und konstituiert sich als provisorische Volkskammer. Dieser Akt gilt als Gründung der DDR.



Bild 8: Ehemaliges Reichsluftfahrtministerium

Zum gleichen Tag wird aus der Deutschen Verwaltung des Inneren (DVdI) das Ministerium des Inneren (Mdi), welches in Form der kasernierten Verbände der Verwaltung für Schulung (VfS) über nach sowjetischem Vorbild aufgebaute Land- und Seestreitkräfte verfügt.

Mit dem „Gesetz über den Erlass von Sühnemaßnahmen und die Gewährleistung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Naziartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht“ vom 18.11.1949 ermöglicht die DDR den Einsatz ehemaliger Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Wehrmacht in den Polizeieinheiten der DDR.

Am 10.10.1949 wird in der DDR eine provisorische Länderkammer gebildet und die SMAD stellt ihre Tätigkeit ein.

Die neu gebildete Sowjetische Kontrollkommission (SKK) unter Armeegeneral Wassili Iwanowitsch Tschuikow mit Sitz in der ehemaligen Pionierschule Berlin-Karlshorst, Zwieseler Str. 4 (Bild 9), überwacht die Einhaltung der Potsdamer Abkommen und überträgt der DDR-Regierung die Verwaltungshoheit (Bild 10).



Bild 9: Ehemalige Pionierschule Karlshorst



Bild 10: Übergabe der Verwaltungshoheit an die DDR-Regierung (von rechts: Walter Ulbricht, Otto Nuschke, Otto Grotewohl, Hermann Kastner) durch Tschuikow

Wilhelm Pieck (KPD/SED) ist vom 11.10.1949 bis 07.09.1960 Präsident der DDR.

Otto Grotewohl (SPD/SED) ist vom 12.10.1949 bis 21.09.1964 Ministerpräsident der DDR.

Während einer Feier zum Jahrestag der Oktoberrevolution am 07.11. 1949 wird erstmals die Nationalhymne der DDR (Hanns Eisler, Johannes Robert Becher) intoniert.

Am 08.02.1950 bestätigt die Volkskammer den Beschluss des Politbüros der SED vom 24.01. zur Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit unter Minister Wilhelm Zaisser.

Mit dem „Petersberger Abkommen“ (Bild 12 Petersberg in Bonn) wird am 22.11.1949 zwischen den drei westlichen Hochkommissaren John Jay McCloy, Brian Robertson und André Francois Poncet und dem Bundeskanzler Konrad Adenauer vereinbart, dass die Bundesrepublik Konsulate bilden und internationalen Organisationen beitreten darf (Bild 13).



Bild 12: Gebäudekomplex auf dem Petersberg in Bonn



Bild 13: Übergabe des Petersberger Abkommens an Konrad Adenauer, der demonstrativ protokollwidrig den nur für die Hohen Kommissare vorgesehenen Teppich betritt

Die Demontagen werden eingestellt, und die Bundesrepublik tritt der Ruhrbehörde bei.

Am 15.12.1949 tritt die Bundesrepublik dem ERP-Abkommen (Marshallplan) bei.

Noch im selben Jahr wird unter Leitung britischer Offiziere aus deutschen Angehörigen der German Mine Sweeping Administration ein als British Baltic Fishery Protection Service getarnter, mit Schnellbooten ausgerüsteter Spionage- und Diversionsverband unter Kapitänleutnant Hans-Helmut Klose aufgestellt. Er wird 1956 in die Marine der Bundeswehr eingegliedert.

Die im September in New York tagenden Außenminister der westlichen Staaten gestatten der Bundesrepublik, 30.000 Mann mobiler Polizeieinheiten auf Länderebene zu bilden.

Auf Forderungen der Vereinigten Alliierten Stabschefs vom 02.05. und 17.05.1950 auf Wiederbewaffnung der Bundesrepublik beschließt der Bundestag am 15.02.1951 das Gesetz über die Einrichtung des Bundesgrenzschutzes (BGS) zum Schutz der Grenzen und zur Unterstützung der Länderpolizeien mit einem Sollbestand von 10.000 Mann, der 1953 auf 20.000 Mann angehoben wird.

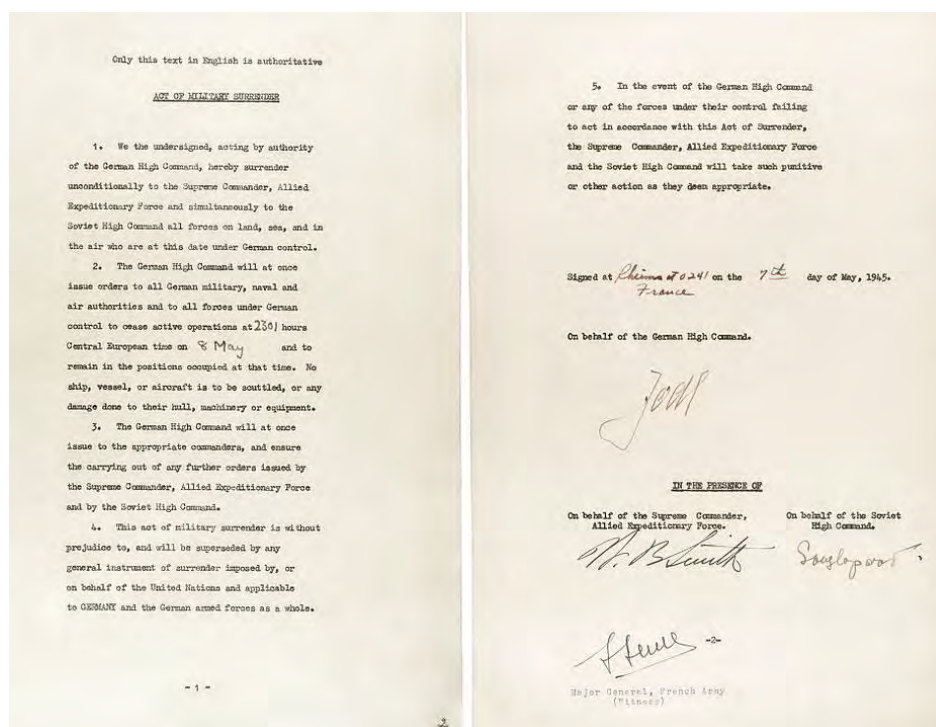
Schlussbemerkung

Unter strenger Überwachung durch die UdSSR entwickelte sich die DDR zu einem sozialistischen Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen wurde, in vielen derer Gremien mitarbeitete und fest im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und dem Militärbündnis des Warschauer Vertrags integriert war.

Die sozialistische Staatsdoktrin schloss große Teile der Bevölkerung vom selbständigen Handeln und der Entscheidungsfindung aus. Dies führte zu stetig wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung und Stagnation in weiten Teilen des Lebens und der Wirtschaft.

Einer breiten Protestbewegung gelang es, auf friedlichem Weg die politische Führung abzulösen und entsprechend dem Wunsch der Mehrheit am 03.10.1990 den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik durchzusetzen.

Die UdSSR, die an den gleichen systemeigenen Problemen litt, stimmte in Verhandlungen mit den Alliierten, der Bundesrepublik und der DDR (2 + 4 Verhandlungen) der deutschen Vereinigung zu und löste sich am 12.09.1991 selbst auf.



Kapitulationsurkunde vom 7. Mai 1945 mit der Unterschrift Susloparovs

Die zeitweilige Bildung von zwei deutschen Staaten



Titel der zum Vortrag gehörenden Bildpräsentation

Impressum

Herausgeber: Verein für Heimatgeschichte der Stadt Müncheberg e.V.

Druck: DTP Werbung Müncheberg

Erscheinungsdatum: 20.02.2020

Dieses Mitteilungsblatt wird kostenlos an alle Mitglieder des Vereins für Heimatgeschichte der Stadt Müncheberg verteilt. Nichtmitglieder können das Mitteilungsblatt zum Preis von 3,00 € bei Frank Geißler erwerben. Das Blatt ist ebenso auf der Website des Vereins (www.heimatverein-muencheberg.de) enthalten.

Redaktionelle Beiträge bitte an Frank Geißler, Kleiststraße 4, Tel. 89316, E-Mail: geissler43@t-online.de

Konto-Nr. des Vereins: DE29 1705 4040 3600 6445 47

BIC: WELADED1MOL

